

Freie Wähler Landesverband BW · Alte Weinsteige 48 · 70180 Stuttgart

An die Mitglieder  
des Landesvorstands und des Landespräsidiums  
der Freien Wähler Baden-Württemberg e.V.

Der Landesvorsitzende

Wolfgang Faißt  
Alte Weinsteige 48  
70180 Stuttgart

Fon  
0711 640 48 35  
Fax  
0711 640 52 80

Mobil  
0163 7061 120

Mail  
[wolfgang.faisst@freiewaehler.org](mailto:wolfgang.faisst@freiewaehler.org)

[www.freiewaehler.org](http://www.freiewaehler.org)

09.12.2020

Liebe Vorstands- und Präsidiumsmitglieder des Landesverbandes der Freien Wähler Baden-Württemberg e.V.,

die Entscheidung des Stadtverbandes Freiburg und die damit einhergehende Kandidatur zur Landtagswahl im kommenden Jahr von Prof. Dr. Johannes Gröger als Kandidat für die „Freie Wähler Partei“, nehmen wir (bedauernd) zur Kenntnis.

Bereits im Februar 2020 haben sich die Präsidiumsmitglieder des Landesverbandes der Freien Wähler Baden-Württemberg klar und deutlich positioniert, wonach wir Freie Wähler, die sich im Landesverband Baden-Württemberg e.V. organisiert haben, nicht bei der Landtagswahl 2021 kandidieren werden. Dabei haben wir klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, dass unser weiteres Vorgehen entscheidend davon abhängen wird, wie stark die Landesregierung unsere Anliegen, d.h. die Anliegen der Städte und Gemeinden bei ihren Gesetzesvorhaben berücksichtigt.

Volksbank Stuttgart eG  
IBAN  
DE50 6009 0100 0234 205

Die Freie-Wähler-Partei würde - sollte sie im März 2021 bei der Landtagswahl den Einzug in den Landtag schaffen - neben anderen Parteien zusätzlich zur zunehmenden Zersplitterung in unserem Landtag beitragen, so dass es immer schwieriger wird, in unserem Land klare Mehrheiten bei wichtigen demokratischen Entscheidungen zu erreichen. Das ist ganz sicher nicht im Interesse der Freien Wähler des Landesverbandes Baden-Württemberg – den ORIGINAL-Freien-Wählern!

Wir vertreten nach wie vor entschieden die Auffassung, dass die Freien Wähler als Partei ihre Rolle als Alternative zu den Parteien verlieren. Wir Freie Wähler des Landesverbands Baden-Württemberg sind nicht in einer Parteistruktur vorstellbar. Das würde an den Grundfesten der ORIGINAL Freien Wähler in Baden-Württemberg rütteln – ja sie einstürzen lassen.

Als Partei würden wir unsere Individualität einschränken und wir wären den gleichen Einflüssen (Parteidisziplin, Fraktionszwang etc.) ausgesetzt, die wir an der Arbeit der Parteien immer wieder kritisieren. Wichtig ist auch, dass wir durch den bewussten Verzicht auf den Parteienstatus keine Parteikarrieren fördern und somit Machtmissbrauch, Machtausdehnung und Machterhalt bei den Freien Wählern einschränken und begrenzen. Wer Freie Wähler wählt, muss sich auf Persönlichkeiten verlassen. Programme und Ideologien stehen nicht zur Verfügung. Die Freien Wähler kennen im Gegensatz zu den Parteien keine grundsätzliche ideologische Einordnung, weil sie sich allein ihrem Gewissen und der Sachentscheidung, ausgerichtet auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger in ihrem jeweiligen Lebensraum, verpflichtet fühlen. Wir stehen für die besten Lösungen für unsere Bürgerinnen und Bürger vor Ort! Auf dieser Grundlage sind wir FREIE WÄHLER „Heimat“ für tausende unabhängige Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in unserem Land!

Wir sind Anwalt der kommunalen Interessen.

Zu den Grundsätzen der Mitglieder des Landesverbandes der Freien Wähler Baden-Württemberg dient auch eine Stellungnahme unseres verstorbenen Ehrenmitglieds Hans Hohmann, die wir nachfolgend etwas erweiternd zitieren dürfen:

„Die Freien Wähler sind der Sachentscheidung verpflichtet. So wie wir Kommunalpolitik verstehen hat sie die Aufgabe, das Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger in den Städten und Gemeinden, als in einem überschaubaren vorgezeichneten Raum, bestmöglich zu ordnen. Demokratie in echtem Sinne setzt einmal eine freiheitliche Gesellschaft, zum anderen eine funktionsfähige kommunale Selbstverwaltung voraus. Die Aufrechterhaltung dieser „kommunalen Selbstverwaltung“ ist eine Kernaufgabe unserer kommunalpolitischen Arbeit. Die Selbstverwaltung ist dann leistungsfähig, wenn es den Kommunalpolitiker/innen gelingt, Tatsachen und Probleme frühzeitig zu erkennen, notwendige Maßnahmen vorzubereiten und in einer demokratischen Entscheidungsfindung einzuordnen. Da nicht jede/r Bürger/in in der Lage ist, aktiv an der kommunalen Selbstverwaltung mitzuarbeiten, ist es die Aufgabe der Freien Wähler „die Verantwortungsfähigen verantwortungsbereit und die Verantwortungsbereiten verantwortungsfähig“ zu machen. Zur kommunalen Selbstverwaltung gehört daher, den Menschen in den Gemeinden und Städten soziales, wirtschaftliches, kulturelles und familiäres Leben zu ermöglichen. Daher ist es Aufgabe und Ziel der Freien Wähler sich an der Lösung der gemeinschaftlichen Aufgaben aktiv zu beteiligen. Dies gelingt nach unserem Dafürhalten in kommunalen Gremien am besten. Nach Art. 28 Abs. 2 des Grundgesetzes haben die Gemeinden das Recht, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.

Nicht zuletzt deshalb haben die Freien Wähler des Landesverbandes BaWü in ihren Grundsätzen und Zielen festgelegt: Kommunalpolitik, ganz gleich in welchem Bereich, hat den Menschen als Mittel- und Ausgangspunkt zu berücksichtigen. Sie ist nicht Selbstzweck, sondern ein Mittel, das Zusammenleben aller sinnvoll zu sichern und auszubauen.“

Der Hinweis in § 1 GO BaWü „Die verantwortliche Teilnahme an der bürgerschaftlichen Verwaltung der Gemeinde ist Recht und Pflicht des Bürgers“ ist Grundlage und Legitimation für die Arbeit der Freien Wähler in den Gemeinderäten, Kreistagen und Regionalversammlungen. Davon ausgehend, gehört es zu den wichtigen Aufgaben des Freie Wähler Landesverbandes Baden-Württemberg e.V. darüber zu wachen, dass die geforderte verantwortliche Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger nicht durch entsprechende Änderung in der Gemeindeordnung (oder vergleichbaren Gesetze und Verordnungen) oder gar durch Kommunalwahlgesetze erschwert oder gar abgeschafft wird.“

Vor diesem Hintergrund geht es uns nicht darum eine Beteiligung der Freien Wähler an Landtags- oder Bundestagswahlen zu verhindern, sondern um die Wahrung der ureigensten Interessen unserer Mitglieder, die den Landesverband als wichtiges Bindeglied zwischen den kommunalen Interessen und den politischen Akteuren/innen in der Landes- und Bundespolitik verstehen.

Die Tatsache, dass gerade mal ca. 8 -10% der Bundesbürger parteipolitisch organisiert sind und alle anderen das nicht wollen spricht eine deutliche Sprache. Nach unserem Dafürhalten haben die Wählerinnen und Wähler ein ausreichendes Parteiangebot, und es bietet sich allen ein breites Spektrum an ideologischer Vielfalt, so dass eine weitere politische Partei auf Landes- und Bundesebene nicht notwendig ist.

In unserer 64-jährigen kommunalpolitischen Arbeit haben wir derartige Bestrebungen immer wieder diskutiert und abgewogen. Dabei hat sich immer wieder herauskristallisiert, dass es bei dieser Diskussion nicht um ein „Umdenken“ geht, sondern darum, unsere Mitglieder, die ihrerseits größtenteils ihre landes- und bundespolitische Heimat haben, auch als kommunalpolitische Akteure/innen zu unterstützen und eine kompetente Organisationsstruktur anzubieten.

Es drängt sich daher geradezu der Gedanke auf, dass die Kandidatinnen und Kandidaten der Freie Wähler Partei auf dem herausragenden Image, welche sich die Mitglieder der Freien Wähler in den zurückliegenden fast sieben Jahrzehnten erworben haben, mitzusurfen und von der kommunalpolitischen Kompetenz unserer Mitglieder zu profitieren. Diese Vorgehensweise nennt der Volksmund gemeinhin: „TRITTBRETTFAHRER!“

Wir werden uns daher weder in den „Schmollwinkel“ verziehen, noch als „Königsmacher“ agieren, sondern unsere bisherige bewährte kommunalpolitische Linie weiterverfolgen.

Herzliche Grüße



Wolfgang Faißt

Landesvorsitzender

auch im Namen unserer geschäftsführenden Vorstände:

Bernhard Schweizer, Monika Springer, Roland Henke und Peter Aichinger